

# Mehr Aufgaben – mehr Geld

Emile Eicher (CSV) über den CovidCheck in den Gemeinden, die Herausforderung Logement und die kommunale Finanzkraft

Interview: Marc Schlammes

CovidCheck, Pacte logement 2.0, nationaler Rettungsplan, Überarbeitung des Gemeindegesetzes: Es fehlt den Gemeinden nicht an Herausforderungen. Syvicol-Präsident Emile Eicher (CSV) pocht vor allem auf solide Finanzen.

**Emile Eicher, mit der Möglichkeit des CovidCheck in den Betrieben wartet auch auf die Gemeinden eine neue Herausforderung. Wie sollen die Kommunen damit umgehen?**

Für mich ist ein Prinzip maßgebend: Das Front Office, das heißt, dort, wo die Bürger in ihrer Gemeinde vorstellig werden können, muss zugänglich bleiben. Das ist auch so in einem Rundschreiben des Innenministeriums festgehalten. Da wird es beim bestehenden Modell mit den Hygienemaßnahmen, also Abstand halten und Maske tragen, bleiben. Ich gehe davon aus, dass es je nach Größe der Gemeinde und je nach Dienststelle unterschiedliche Lösungen geben wird. Ein pauschales Rezept wird es nicht geben. Ich bedaure allerdings, dass man an der bisherigen Möglichkeit, dass vereidigte Beamte zertifizierte Tests ausstellen, nicht festgehalten hat.

**„Deng Zukunft ob der Gemeng“ lautet eine Rekrutierungskampagne die das Intérieur am Donnerstag unter anderem zusammen mit dem Syvicol lanciert hat. Hat die Gemeinde, entgegen der geläufigen Annahme, als Arbeitgeber an Attraktivität eingebüßt?**

Nun, es ist eher so, dass in dem Maß, wo eine Gemeinde wächst, auch die Anforderungen an die Gemeinde wachsen. Das gilt folglich auch für die Berufsbilder. Noch vor Jahren beispielsweise waren Citymanager oder Sportkoordinatoren Fremdwörter. Wir stehen vor der Herausforderung, dass immer mehr Spezialisten benötigt werden – und stehen damit auch in direkter Konkurrenz zu anderen Betrieben und Branchen. Und ja, bei einigen Posten wie dem Gemeinsekretär fehlt es gewissermaßen an Nachwuchs. Ich kann nur dafür werben, dass ein kommunaler Job ein interessanter und vielfältiger Job ist, bei dem man als Dienstleister den Alltag der Bürger täglich mitgestalten und optimieren kann.

**Das Gemeindegesetz soll etappenweise reformiert werden. Nach der „tutel administrative“ soll die Frage der Personalorganisation und das Statut des Kommunalpolitikers geregelt werden, bestenfalls noch vor den Wahlen.**

Wir warten sehr süchtig auf die Regelungen zum „étu local“. Ich habe bereits mehrmals betont, dass wenn wir jetzt keine Regelung finden, werden sich in Zukunft viele kompetente Bürger nicht mehr auf ein kommunales Engagement einlassen. Bei der Frage der strafrechtlichen Verantwortung besteht seit Langem dringender Handlungsbedarf. Nehmen Sie das rezente Beispiel, wo es in einer Schule in Hespelingen zu sexuellen Übergriffen kam. Die Gemeinde stellt zwar die Infrastruktur zur Verfügung, ist aber nicht für den Schulbetrieb zuständig. Da haben Sie ein ganz konkretes Beispiel, wo Verantwortlichkeiten klarer definiert werden müssen. Unsere Vorschläge liegen allemal auf dem Tisch.

**Und bei der Personalorganisation ...**  
... geht es in erster Linie um Kompetenzfragen, wo die Bandbreite von



Was die mögliche Einführung des CovidCheck in den Gemeinden betrifft, ist für Syvicol-Präsident Emile Eicher maßgebend, dass das Front Office für Besucher zugänglich bleibt.  
Foto: Gerry Huberty

der Spezialisierung, wie sie die großen Gemeinden kennen, bis hin zur flexiblen Handhabung der Arbeit, wie dies in kleinen Kommunen der Fall ist, reicht. Und es geht um die prinzipielle Frage, ob ein Schöffenrat spezifische Befugnisse an Beamte delegieren kann, beispielsweise gewisse Dokumente unterzeichnen. Mit der Personalorganisation verknüpft ist auch der Aspekt der Kontrolle der kommunalen Arbeit; die jüngere Vergangenheit hat offenbart, dass diese überarbeitet werden müssen.

**Für die kommenden Gemeinderatswahlen wird die Residenzklause aufgehoben. Was erwarten Sie sich in puncto Wahlbeteiligung davon?**

Ich hoffe doch sehr, dass sich die ausländischen Mitbürger in viel stärkerer Maß engagieren und in die Wählerlisten eintragen. Bisherige Initiativen waren von eher bescheidenem Erfolg gekrönt. Dabei führt kein Weg an einer engeren Einbindung vorbei: Gerade in den Gemeinden ist ein engagiertes Miteinander auf allen Ebenen, auch der politischen, wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Da braucht es keine großen Investitionen; manchmal reichen ein paar gute Ideen.

**Ein Dauerbrenner bleibt der Wohnungsbau. Teilen Sie den Optimismus der Koalition, dass die Gemeinden mit dem Pacte logement 2.0 jetzt gewappnet sind, um die Herausforderung zu meistern?**

Mit dem Pacte logement 2.0 allein werden wir die Wende auf dem Wohnungsmarkt nicht schaffen. Dafür braucht es ein ganzes Maßnahmenpaket. Dazu gehört für mich auch die Möglichkeit des „remembrement ministériel urbain“, von dem ich mir verspreche, dass man dort künftig mit Bauvorhaben weiterkommt, wo die Erschließung heute an der Blockadehaltung von ein, zwei Eigentümern scheitert. Wir sollten uns allerdings nichts vormachen: Mit gutem Willen allein ist die Aufgabe nicht zu meistern. Mit Blick auf die Betriebe und die Anforderungen, die an sie gestellt

werden, ob personell oder materiell, frage ich mich, was das bewerkstelligt werden soll.

**Diese Frage ist aber auch bei manchen Gemeinden berechtigt.**

Gewiss. Da sind wir dann wieder bei der Personalfrage. Nun sieht der neue Pacte logement zwar externe Beraterstunden vor, die die Gemeinden in Anspruch nehmen können. Das gilt jedoch nur für die Planung. Bei den folgenden Etappen sind die Gemeinden dann wieder auf sich allein gestellt, ob das die eigentliche Bauphase ist oder die spätere Verwaltung der Wohnungen in Gemeindehand. Das bedeutet im Klartext, auf das vorhandene Personal warten weitere Aufgaben oder es muss eingestellt werden, was wiederum einen Kostenpunkt darstellt.

**Ein anderer Hebel, der betätigt werden soll, ist die Reform der Grundsteuer samt Einführung einer Spekulationssteuer.**

In beiden Fällen steht erst einmal die allgemeine Ankündigung im Raum. Bei der Grundsteuerreform stellt sich die Frage nach der Zielsetzung, was letztlich an zusätzlichen Einnahmen einkalkuliert wird. Wenn demnächst erste Modellberechnungen erfolgen, werden wir wohl klarer sehen. Ich weise allerdings auf einen nicht unwesentlichen Haken hin: Einige Kommunen haben ihren allgemeinen Bebauungsplan noch immer nicht angepasst – was jedoch eine Voraussetzung für die Neuberechnung ist.

● Wenn neue Aufgaben  
● an die Gemeinden  
herangetragen  
werden, muss  
der Staat  
die Finanzierung  
auch komplett  
gewährleisten.

**Und die Idee einer nationalen Spekulationssteuer?**

Da müssen wir als Gemeinden darauf bestehen, dass diese Abgabe später auch den Gemeinden zugute kommt. Es kann nicht sein, dass die Spekulationssteuer unter die Regie des Wohnungsbauministeriums fällt und damit für die Gemeinden verloren ist. Das wäre umso bedauerlicher, als die Regierung dabei ist, da und dort Zugeständnisse zu machen, ohne sich mit der Frage der Finanzierung zu beschäftigen.

**Woran denken Sie konkret?**

Nun, beispielsweise an die jüngsten Ankündigungen im Etat de la nation. Die kostenlose Betreuung in den Maison relais oder die kostenlosen Mahlzeiten für Kinder aus sozial schwachem Milieu stellen für die Gemeinden einen Kostenpunkt dar. Da ist mein Standpunkt mittlerweile unmissverständlich: Wenn neue Aufgaben an die Gemeinden herangetragen werden, dann muss der Staat die Finanzierung auch komplett gewährleisten. Ich befürworte allerdings die beiden Vorschläge, das soll in den Zusammenhang nicht missverstanden werden.

**Man kann sich demnach vorstellen, dass die anstehenden Haushaltsplanungen in manchen Rathäusern schwierig werden.**

Es mag sein, dass die Corona-Krise wegen ihrer Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen hat, wie anfänglich befürchtet. Uns wurde aber weitaus weniger unter die Arme gegriffen, als dies in anderen Ländern der Fall war. Hinzu kommen zwei noch jüngere, finanzielle Herausforderungen: Die stetig steigenden Preise bei Baustoffen und die explodierenden Energiepreise, die auch den Gemeinden mit ihrem Gebäude- und Fuhrpark arg zusetzen.

**Und dann ist da noch der nationale Rettungsplan, den der Ministerrat am Mittwoch verabschiedet hat, trotz der Bedenken aus den Gemeinden, was die budgetäre Entwicklung betrifft.**

Ich will nochmals klar stellen, dass Gemeinden und Syvicol den CGDIS nicht infrage stellen und dessen Arbeit, wie zuletzt bei den verheerenden Überschwemmungen, sehr wohl zu schätzen wissen. Mit Blick auf die prognostizierte budgetäre Entwicklung wäre es aber sinnvoll gewesen, sich von Beginn an näher an der finanziellen Realität zu bewegen.

**Wenn Sie den finanziellen Aspekt derart betonen, inwieweit ist es nachvollziehbar, dass einige Gemeinden ins Gaststättengewerbe investieren, indem sie Lokale aufkaufen, einrichten und vermieten? Zudem stellt sich dann die Frage, wie es für andere Dienstleistungen aussieht, beispielsweise Bäcker, Metzger ...**

... oder Ärzte. Erst kürzlich ist die Ärztevereinigung AMMD an uns herangetreten mit der Idee, insbesondere im ländlichen Raum medizinische Einrichtungen zu schaffen, wo sich junge Ärzte niederlassen können. Generell gelten für mich zwei Prinzipien. An erster Stelle müssen immer die obligatorischen, gesetzlich vorgesehenen Aufgaben stehen. Bei allen anderen Angeboten sollte man den Bedürfnissen der Bürger Rechnung tragen. Das setzt voraus, dass man die Bürger in derartige Prozesse einbindet.